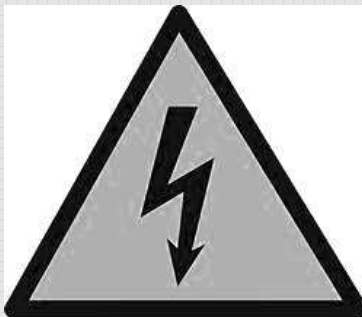


deutet, egal wer das lokale Stromnetz betreibt, der Kunde kann selbst entscheiden, von welchem Verkäufer er seinen Strom bezieht und was für Strom er bezieht (je nach gewähltem Tarif).

Ist es deshalb egal, wer das Netz vor Ort betreibt? Natürlich nicht. Bleiben die Netze in der Hand der vier Atomkonzerne, so wird deren Macht und Einfluss am deutschen Energiemarkt zementiert. Und die Atomkonzerne können so weiterhin aus der Verteilung zwar geringe, aber doch relativ sichere Gewinne ziehen.

Zudem ist die Trennung von Erzeugung, Vertrieb und Transport nur eine rechtlich-formale: Die EnBW beispielsweise hat dies so gelöst, dass mehrere rechtlich getrennte Gesellschaften gebildet wurden: Für die Erzeugung EnBW Kraftwerke AG, EnBW Kernkraft GmbH und EnBW Renewables GmbH, für den Transport EnBW Transportnetze AG (Hochspannungsnetze) und EnBW Regional AG (Verteilung vor Ort), für den Vertrieb EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH sowie Yello Strom GmbH und für Handel und Beschaffung EnBW Trading GmbH. Dahinter steht aber immer die EnBW AG.

Die Stromversorgung ist Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge und sollte deshalb unter öffentlicher, demokratischer Kontrolle stehen. Nicht irgendwelche Entwicklungen an den Börsen dieser Welt oder „strategische Entscheidungen“ in den Konzernzentralen sollen über das Schicksal unserer Stromversorgung entscheiden. Die Bürger sollten dies selbst tun. Wir wollen deshalb eine Stromversorgung, die sich am Wohl der Bürger und nicht an den Gewinninteressen anonymer Kapitalmärkte ausrichtet. Dies ist mit lokalen Stadtwerken mit großer Wahrscheinlichkeit deutlich besser möglich als mit den Großkonzernen der Atomenergie. Zudem bestehen bei lokalen Energieversorgern deutlich mehr Möglichkeiten, innovative, auf den örtlichen Bedarf zugeschnittene und zugleich wirtschaftliche Konzepte für eine ökologische Energieversorgung zu entwickeln. Die Stadtwerke Bietigheim-Bissingen und Ludwigsburg-Kornwestheim zeigen uns dies in nächster Nähe.



Wichtig für Tamm wäre es nun sich darüber Gedanken zu machen, welche Möglichkeiten unsere Gemeinde hätte und welche Ziele für Tamm im Mittelpunkt der Entscheidung über den zukünftigen Betrieb unseres Stromnetzes stehen sollten. Bereits im Frühjahr 2010 hat die SPD im Gemeinderat angeregt, sich mit dieser Thematik zu befassen. Im September 2010 fand in Asperg eine sehr gut besuchte Veranstaltung der vier SPD Ortsvereine Asperg, Markgröningen, Möglingen und Tamm statt. Die Tammer Verwaltung allerdings hat seither keinerlei Anstrengungen unternommen, um dieses Thema voran zu bringen. Dabei wird langsam die Zeit wirklich knapp, möchte man wirklich zwischen verschiedenen Alternativen auswählen können. Diese Art von BM Zeller, wichtige Entscheidungen zu vertagen, kann so nicht akzeptiert werden. Die SPD wird weiterhin versuchen, die Verwaltung in dieser Sache anzuschieben.

deutet, egal wer das lokale Stromnetz betreibt, der Kunde kann selbst entscheiden, von welchem Verkäufer er seinen Strom bezieht und was für Strom er bezieht (je nach gewähltem Tarif).

SPD oder CDU – Sie haben die Wahl	
Bildung	
Gemeinschaftsschule, längeres gemeinsames Lernen. Wahl zwischen achtjährigem und neunjährigem Gymnasium Keine Studiengebühren, mehr Studierende	Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems, Trennung nach der 4. Klasse. Nur achtjähriges Gymnasium, keine Wahlmöglichkeit Studiengebühren
Energie	
Ausstieg aus der Atomenergie, wie von der rot-grünen Regierung beschlossen, dadurch Stärkung der Stadtwerke, welche umweltfreundliche Technologien dezentral einsetzen	Laufzeitverlängerung der Atommeiler ohne sichere Endlagerung Weiterhin Unterstützung der großen Energiekonzerne
Wirtschaft	
Für einen flächendeckenden Mindestlohn. Öffentliche Aufträge sollen an faire Betriebe in der Region vergeben werden. Stärkung des Mittelstandes als Jobmotor von Baden-Württemberg	Keine Mindestlöhne, somit können international agierende Firmen mit unsozialen Löhnen und Wanderarbeitern den hiesigen Unternehmen Aufträge wegnehmen
Gesundheit	
Keine Kopfpauschale, Beiträge entsprechend der Einkommen	Kopfpauschale, somit sollen Direktor und Putzfrau den gleichen Betrag bezahlen (Zuzahlung für die Krankenkassen)
Solidarische Gemeinschaft	
Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen jeweils die Hälfte der sozialen Kosten	Bei den Krankenkassenbeiträge zahlt künftig nur noch der Arbeitnehmer die Kostensteigerungen, der Arbeitgeber bleibt bei einem festen Satz.
Familie	
Kostenfreie Kinderbetreuung Ausbau der Ganztagsbetreuung	kostenpflichtige Kinderbetreuung Ba-Wü ist bei Investitionen in die Ganztagsbetreuung an vierletzter Stelle unter allen Bundesländern.
Demokratie	
weniger Hürden für Bürgerbeteiligung, mehr Volksentscheide, Bürgerbeteiligung ernst nehmen	Es bestehen schon immer sehr hohe bürokratische Hürden für einen Volksentscheid in Baden-Württemberg. (Volksbegehren benötigt in Ba-Wü 1,2 Millionen Unterschriften), Volksentscheide erschweren.
Wo finden Sie sich wieder? Nun liegt es an Ihnen als Wähler, wie sich das Land weiter entwickelt.	

7. Tammer Binokelturnier

4. Februar 2011 19 Uhr, Restaurant Egelsee Tamm

Teilnahmebeitrag 5 Euro

Um Voranmeldung bei Gerhard Jüttner, Tel. (07141) 60 55 83, E-Mail gerhard@juettner.de wird gebeten